

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 47 | 23.11.2018

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 73/2018](#)

Bundesgesetz, mit dem das Abfallwirtschaftsgesetz 2002, das Immissionsschutzgesetz – Luft und das Wasserrechtsgesetz 1959 geändert werden (**Aarhus-Beteiligungsgesetz 2018**) (Umsetzung des Art 9 Abs 3 des Übereinkommens von Aarhus im Anwendungsbereich des Art 23 der RL 2008/98/EG über Abfälle; Ergänzung bzw Änderung der Bestimmungen des IG-L betreffend Programme gem § 9a, um unmittelbar von Grenzwertüberschreitungen betroffenen natürlichen Personen und den nach nationalem Recht anerkannten Umweltorganisation zu ermöglichen, die Erstellung, Evaluierung und Umsetzung von Luftqualitätsplänen gerichtlich überprüfen zu lassen; Ermöglichung der Beteiligung national anerkannter Umweltorganisationen in wasserrechtlichen Bewilligungsverfahren sowie in Genehmigungsverfahren, in denen wasserrechtliche Bestimmungen mit angewendet werden und der Anfechtung des verfahrensabschließenden Bescheids, vor dem Hintergrund eine Verschlechterung des Zustands eines Gewässers zu verhindern)

[BGBl I 74/2018](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundes-Umwelthaftungsgesetz** und das **Umweltinformationsgesetz** geändert werden (Anpassung des Bundes-UmwelthaftungsgG um den Vorgaben des EuGH-Urteils in der Rs C-529/15 bzw den von der Europäischen Kommission geäußerten Bedenken, bezüglich einer richtlinienkonformen Definition des zu einer Umweltbeschwerde berechtigten Personenkreises sowie des Gewässerschadens nachzukommen; Anpassung der bezughabenden datenschutzrechtlichen Begriffe bzw Verweise im UmweltinformationsG)

[BGBl I 75/2018](#)

Bundesgesetz über nationale Emissionsreduktionsverpflichtungen für bestimmte Luftschadstoffe (**Emissionsgesetz-Luft 2018** – EG-L 2018) (Erfüllung der nationalen Emissionsreduktionsverpflichtungen für die Jahre 2020 und 2030; Erreichung der indikativen Zwischenziele im Jahr 2025 durch Berichterstattung an die Europäische Kommission und die Europäische Umweltagentur; Erstellung und Aktualisierung des nationalen Luftreinhalteprogramms mit Maßnahmen zur Erreichung der Emissionsreduktionsverpflichtungen)

[BGBl I 76/2018](#)

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über das Wirksamwerden der Verordnung (EU) 2017/2402 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für Verbriefungen und zur Schaffung eines spezifischen Rahmens für einfache, transparente und standardisierte Verbriefung (**STS-Verbriefungsvollzugsgesetz** – STS-VVG) erlassen wird und mit dem das **Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz**, das **Investmentfondsgesetz 2011**, das **Alternative Investmentfonds Manager-Gesetz**, das **Versicherungsaufsichtsgesetz 2016**, das **Aktiengesetz**, das **Immobilieninvestmentfondsgesetz** und das **Bankwesengesetz** geändert werden (Harmonisierung der Bestimmungen des Verbriefungsrechts über Begriffsbestimmungen, Offenlegung und

Sorgfaltsprüfung, um uneinheitliche Wettbewerbsvoraussetzungen und Regulierungsarbitrage zu vermeiden; Schaffung eines stärker risikoorientierten Aufsichtsrahmens für STS-Verbriefungen; Einführung von unterschiedlichen Arten von STS-Anforderungen für langfristige und kurzfristige Verbriefungen; Schaffung verhältnismäßiger Sorgfaltspflichten für institutionelle Investoren, um das Vertrauen in den Verbriefungsmarkt zu stärken [Due-Diligence-Anforderungen]; der Risikselbstbehalt soll dadurch sichergestellt werden, dass Originatoren, Sponsoren oder ursprüngliche Kreditgeber in einem signifikantem Umfang an den der Verbriefung zugrundeliegenden Risikopositionen beteiligt sind; Schaffung eines umfassenden Systems, das [potenziellen] Anlegern Zugang zu sämtlichen relevanten Informationen bietet [Verbriefungsregister]

[BGBl II 283/2018](#)

Verordnung des Bundesministers für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz über die Nichtanwendung einer Rechnungslegungsvorschrift des Unternehmensgesetzbuches (**Override-Verordnung**)

[BGBl II 288/2018](#)

Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, mit der die **ArbeitnehmerInnen-schutzverordnung Verkehr 2017** geändert wird

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 295 v 21.11.2018, 1](#)

Verordnung (EU) 2018/1724 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Oktober 2018 über die **Einrichtung eines einheitlichen digitalen Zugangstors zu Informationen, Verfahren, Hilfs- und Problemlösungsdiensten** und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 1024/2012

[ABI L 295 v 21.11.2018, 39](#)

Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum **Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten** durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr 45/2001 und des Beschlusses Nr 1247/2002/EG

[ABI L 295 v 21.11.2018, 99](#)

Verordnung (EU) 2018/1726 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 über die **Agentur der Europäischen Union für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen** im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (eu-LISA), zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 1987/2006 und des Beschlusses 2007/533/JI des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr 1077/2011

[ABI L 295 v 21.11.2018, 138](#)

Verordnung (EU) 2018/1727 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 betreffend die **Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust)** und zur Ersetzung und Aufhebung des Beschlusses 2002/187/JI des Rates

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

28.09.2018, [V 48/2018](#)

Vbg KanalisationsG; keine Aufhebung einer Bestimmung der Kanalordnung einer Vorarlberger Gemeinde betreffend die Erhebung eines **Ergänzungsbeitrags** im Falle der Erweiterung von Gebäuden ab 12 m² zur Deckung der Kosten der **Abwasserbeseitigungsanlage**; Gebäudeerweiterung kann bei typisierender Betrachtung eine wesentlich erhöhte Inanspruchnahme der Abwasserbeseitigungsanlage bedeuten

28.09.2018, [G 261/2017](#)

EinkommenssteuerG; StrafvollzugsG; keine Verletzung im Gleichheitsrecht durch eine Bestimmung des Einkommensteuergesetzes betreffend die **Steuerbefreiung für Einkünfte von Strafgefangenen** aus ihrer erbrachten Arbeitsleistung; keine Unsachlichkeit des Ausschlusses der Geltendmachung eines Arbeitnehmerabsetzbetrags sowie des Entfalls des Anspruchs auf Negativsteuer angesichts des atypischen Charakters der Einkünfte

28.09.2018, [E 401/2017](#)

Vbg KanalisationsG; B-VG; Verletzung im Gleichheitsrecht durch Festsetzung eines Ergänzungsbeitrags bei Gebäudeerweiterung für einen bereits **verjährten Kanalanschlussbeitrag**

04.10.2018, [G 132/2018](#)

KraftfahrlinienG; keine Verletzung der Erwerbsausübungsfreiheit und des Gleichheitsrechts durch Bestimmungen des KraftfahrlinienG betreffend die Prüfung einer „ernsthaften Gefährdung“ von bestehenden Kraftfahrlinien als Ausschlussgrund für die Erteilung einer **Berechtigung zum Betrieb einer (grenzüberschreitenden) Kraftfahrlinie** für einen neuen Konzessionswerber; verhältnismäßiger Konkurrenzschutz wegen besonderer Pflichten der Konzessionsinhaber und Ausnahmen für touristische Zwecke gegeben; Prüfung der „ernsthaften Gefährdung“ durch das VwG mit Bedachtnahme auf den Einnahmenausfall sowie der wirtschaftlichen Betriebsführung des bestehenden Verkehrsunternehmens

09.10.2018, [A 1/2017](#)

Grundversorgungsvereinbarung; FinanzverfassungsgG; Abweisung einer Klage des Fonds Soziales Wien gegen den Bund auf Kostenersatz für die **Grundversorgung hilfs- und schutzbedürftiger Fremder** nach der Grundversorgungsvereinbarung; Zulässigkeit vom FinanzverfassungsgG abweichender Kostentragungsregeln von Gebietskörperschaften in Art-15a-Vereinbarungen; Geltendmachung der abweichenden Kostentragungsregel nur durch Vertragspartner einer Art-15a-Vereinbarung – nicht durch Dritte

10.10.2018, [G 49/2017 ua](#)

FinanzstrafG; BundesabgabenO; Abweisung eines Antrags auf Aufhebung von Bestimmungen des FinanzstrafG sowie der Bundesabgabenordnung; Sanktionssystem des Finanzstrafrechts mit Normensystem des StGB nicht vergleichbar; keine Unsachlichkeit der **maximalen Strafdrohung für Abgabenhinterziehung** wegen Anknüpfung an Erfolgswert der Tat und individuelle Schuld des (Beitrags-)Täters; Mindeststrafe für Finanzvergehen zum Schutz finanzieller Interessen des Staats nicht unverhältnismäßig; Differenzierung zwischen gerichtlichen- bzw verwaltungsbehördlichen Verfahren bei Unterschreitung der Mindeststrafe im rechtspolitischen Gestaltungsspielraum; hinreichende Bestimmtheit der Blankettstrafnorm betreffend die missbräuchliche Umgehung der Abgabepflicht

10.10.2018, [G 105/2018 ua](#)

GlücksspielG; Abweisung von Gerichtsanträgen auf Aufhebung einer Bestimmung des GlücksspielG; keine **kompetenzrechtlichen Bedenken** gegen die Zuständigkeit der LReg zur Vorschreibung der Kosten für die Errichtung und den Betrieb eines Datenrechenzentrums an Konzessionäre und Bewilligungsinhaber bestimmter Glücksspielautomaten

10.10.2018, [E 1805/2018 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Versagung der Erteilung von **Einreisetiteln für die Ehegattin und die minderjährigen Kinder** eines in Österreich asylberechtigten afghanischen Staatsangehörigen mangels Feststellungen betreffend das anzuwendende fremde Recht hinsichtlich der Anerkennung einer nach islamischem Recht geschlossenen Ehe

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

25.09.2018, [Ra 2018/05/0061 ua](#)

UVP-G; Feststellung der UVP-Pflicht; das ggst Vorhaben hat die Errichtung von Wohnbauten, eines Kindergartens, einer Schule, eines Nahversorgers, einer sozialen Einrichtung und von Stellplätzen sowie die Verlängerung von zwei näher bezeichneten Straßen zum Gegenstand; wenn sich ein Tatbestand des Anhangs 1 UVP-G in Spalte 3 befindet, ist gem § 3 Abs

4 leg cit nach einer **Einzelfallprüfung** zu entscheiden, ob zu erwarten ist, dass unter Berücksichtigung des Ausmaßes und der Nachhaltigkeit der Umweltauswirkungen der Schutzzweck, für den das schutzwürdige Gebiet festgelegt wurde, wesentlich beeinträchtigt wird; nach der expliziten Anordnung des § 3 Abs 7 vierter Satz leg cit hat sich eine Einzelfallprüfung auf eine **Grobprüfung** zu beschränken

27.09.2018, [Ro 2017/10/0041](#)

UniversitätsG; Zulassung zum Diplomstudium unzulässig, wenn dieses auch als Bachelor- und Masterstudium „eingerrichtet“ ist; der Wortlaut des § 124 Abs 5 UniversitätsG stellt ausdrücklich auf die „Einrichtung“ von Studien, nicht aber auf die Erlassung von Curricula oder deren Inkrafttreten ab

C. VERWALTUNGSGERICHE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[20.11.2018, Rs C-147/17, Sindicatul Familia Constanta ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz der Sicherheit und der Gesundheit der Arbeitnehmer** – Arbeitszeitgestaltung – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 31 – Richtlinie 2003/88/EG – **Anwendungsbereich** – **Abweichung** – Art 1 Abs 3 – Richtlinie 89/391/EWG – Art 2 Abs 2 – **Tätigkeit von Pflegeeltern**

[21.11.2018, Rs C-648/16, Fontana](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 273 – **Steuernacherhebung** – Induktive Methode zur Festsetzung der Steuerbemessungsgrundlage – Recht auf Abzug der Vorsteuer – Vermutung – Grundsätze der Neutralität und der Verhältnismäßigkeit – **Nationales Gesetz, das die Berechnung der Mehrwertsteuer auf den geschätzten Umsatz stützt**

[21.11.2018, Rs C-664/16, Vădan](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 167, 168, 178 und 273 – **Umfang des Rechts auf Vorsteuerabzug** – Fehlen von Rechnungen – **Heranziehung eines gerichtlichen Sachverständigengutachtens** – Beweislast in Bezug auf das Recht auf Vorsteuerabzug – Grundsätze der steuerlichen Neutralität und der Verhältnismäßigkeit

[21.11.2018, Rs C-29/17, Novartis Farma](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Humanarzneimittel** – Richtlinie 2001/83/EG – Art 3 Nr 1 – Art 6 – Richtlinie 89/105/EWG – Verordnung (EG) Nr 726/2004 – Art 3, 25 und 26 – **Umverpackung eines Arzneimittels** im Hinblick auf seine Anwendung für eine nicht von seiner Genehmigung für das Inverkehrbringen gedeckte Behandlung („off-label“) – **Kostenübernahme durch das nationale Krankenversicherungssystem**

[21.11.2018, Rs C-245/17, Viejobueno Ibáñez und de la Vara González](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 1999/70/EG – **EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge** – Paragraph 4 – **Grundsatz der Nichtdiskriminierung** – Nationale Regelung, nach der befristete Beschäftigungsverhältnisse beendet werden können, wenn der Grund für die Einstellung wegfällt – **Für das Schuljahr beschäftigte Lehrkräfte** – **Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses am letzten Unterrichtstag** – **Arbeitszeitgestaltung** – Richtlinie 2003/88/EG

[21.11.2018, Rs C-452/17, ZAKO](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Selbständige Handelsvertreter** – Richtlinie 86/653/EWG – Art 1 Abs 2 – Begriff ‚Handelsvertreter‘ – Selbständiger Gewerbetreibender, der seine Tätigkeit von den Geschäftsräumen des Unternehmers aus verrichtet – **Erfüllung anderer Aufgaben als der, die mit der Vermittlung des Verkaufs oder des Ankaufs von Waren für den Unternehmer in Zusammenhang stehen**

[21.11.2018, Rs C-619/17, de Diego Porras](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 1999/70/EG – **EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge** – Paragraph 4 – **Diskriminierungsverbot** – Rechtfertigung – Paragraph 5 – Maßnahmen zur **Vermeidung von Missbrauch durch aufeinanderfolgende befristete Arbeitsverträge** oder -verhältnisse – Entschädigung bei der Beendigung eines unbefristeten Arbeitsvertrags aus sachlichem Grund – **Keine Entschädigung bei Auslaufen eines befristeten Arbeitsvertrags in Form eines Vertrags für eine Übergangszeit**

[21.11.2018, Rs C-713/17, Ayubi](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2011/95/EU – Normen für den Inhalt des internationalen Schutzes – **Flüchtlingseigenschaft** – Art 29 – **Sozialhilfeleistungen** – **Unterschiedliche Behandlung** – Flüchtlinge mit befristeter Aufenthaltsberechtigung

[22.11.2018, Rs C-151/17, Swedish Match](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – **Herstellung, Aufmachung und Verkauf von Tabakerzeugnissen** – Richtlinie 2014/40/EU – Art 1 Buchst c und Art 17 – **Verbot des Inverkehrbringens von Tabakerzeugnissen zum oralen Gebrauch** – Gültigkeit

[22.11.2018, Rs C-295/17, MEO – Serviços de Comunicações e Multimédia](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Anwendungsbereich – **Steuerbare Umsätze** – Entgeltliche Leistung – **Unterscheidung zwischen nicht steuerbarem Schadensersatz und steuerbaren Dienstleistungen** gegen Leistung einer ‚Ausgleichszahlung‘

[22.11.2018, Rs C-575/17, Sofina ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freier Kapitalverkehr – **Quellensteuer auf den Bruttobetrag der Dividenden nationalen Ursprungs, die an gebietsfremde Gesellschaften ausgeschüttet werden** – Stundung der Steuer auf die an eine gebietsansässige Gesellschaft ausgeschütteten Dividenden im Fall eines Verlustjahrs – **Ungleichbehandlung** – Rechtfertigung – Vergleichbarkeit – Ausgewogene Aufteilung der Besteuerungsbefugnis zwischen den Mitgliedstaaten – **Effizienz der Beitreibung der Steuer** – Verhältnismäßigkeit – Diskriminierung

[22.11.2018, Rs C-625/17, Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 56 und 63 AEUV – Freier Dienstleistungsverkehr und freier Kapitalverkehr – Kreditinstitute – **Auf der Grundlage der unkonsolidierten Bilanzsumme der in Österreich niedergelassenen Kreditinstitute bestimmte Stabilitätsabgabe und Sonderbeitrag zu dieser Abgabe** – Einbeziehung von grenzüberschreitenden Bankgeschäften – Ausschluss der Geschäfte von Tochtergesellschaften in einem anderen Mitgliedstaat – **Unterschiedliche Behandlung** – Beschränkung – Rechtfertigung

[22.11.2018, Rs C-627/17, ZSE Energia](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EG) Nr 861/2007 – **Europäisches Verfahren für geringfügige Forderungen** – Art 2 Abs 1 und Art 3 Abs 1 – Anwendungsbereich – **Begriff ‚Parteien‘** – Grenzüberschreitende Rechtssachen

[22.11.2018, Rs C-679/17, Huijbrechts](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Kapitalverkehrsfreiheit** – Beschränkungen – Steuerrecht – **Erbschaftsteuer** – **Nachhaltige Forstwirtschaft** – Befreiung – Schutz von Waldflächen

B. SCHLUSSANTRÄGE

[21.11.2018, Rs C-558/17 P, OZ/ EIB \(GA Kokott\)](#)

Rechtsmittel – **Öffentlicher Dienst** – Personal der EIB – **Sexuelle Belästigung** – Beschwerde – **Im Rahmen des Programms ‚Dignity at work‘ geführte Untersuchung** – Zurückweisung der Beschwerde – Antrag auf Aufhebung der Entscheidung des Präsidenten der EIB, die Beschwerde zurückzuweisen – **Antrag auf Ersatz des durch das Verhalten der EIB entstandenen Schadens**

[21.11.2018, Rs C-563/17, Associação Peço a Palavra ua \(GA Campos Sánchez-Bordona\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Niederlassungsfreiheit – **Luftfahrtunternehmen** – **Reprivatisierungsverfahren** – Anforderungen – Verpflichtung zum Verbleib des Sitzes und der tatsächlichen Leitung – Gemeinwohlverpflichtungen – **Verpflichtung zum Erhalt der nationalen Operationsbasis**

[22.11.2018, Rs C-501/17, Germanwings \(GA Tanchev\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Luftverkehr** – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – **Ausgleichsleistungen für Fluggäste** im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen – Ausgleichsanspruch – Befreiung – **Begriff ‚außergewöhnliche Umstände‘** – Beschädigung durch Fremdkörper (‚Foreign object damage‘, ‚FOD‘) – **Beschädigung eines Flugzeugreifens durch eine auf der Start- oder Landebahn liegende Schraube**

[22.11.2018, Rs C-578/17, Hartwall \(GA Saugmannsgaard Øe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Marken** – Richtlinie 2008/85/EG – Art 2 – Art 3 Abs 1 Buchst b und Abs 3 – Eintragungshindernisse und Ungültigkeitsgründe – Unterscheidungskraft – **Durch Benutzung erworbene Unterscheidungskraft** – Originäre Unterscheidungskraft – Grafische Darstellung – Farbmarke oder Bildmarke – **Als Bildmarke dargestellte Farbmarke** – **Voraussetzungen für die Eintragung** – Markenkategorien – Markentypen – **Widersprüche in der Markenmeldung**

[22.11.2018, Rs C-695/17, Metirato \(GA Bobek\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen** in Bezug auf bestimmte Steuern, Abgaben und sonstige Maßnahmen – **Streitigkeiten in Bezug auf Vollstreckungsmaßnahmen**, die im ersuchten Mitgliedstaat ergriffen werden – **Richtiger Beklagter**

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

20.11.2018, Beschwerde Nr [26922/14](#), *Toranzo Gómez / Spanien*

Verletzung von **Art 10 EMRK** (Meinungsäußerungsfreiheit); **Verurteilung** des Bf wegen **Verleumdung**, weil er öffentlich zwei Polizeibeamte der Folter beschuldigte; der Bf und andere Protestanten wurden während eines Sitzprotests durch die Polizeibeamten mit einem Seil entfernt; mit der Verwendung des Wortes „Folter“ wollte der Bf in einer späteren Pressekonferenz auf den übermäßigen Einsatz von Gewalt durch die Polizei hinweisen; Art und Höhe der verhängten Strafe können **abschreckende Wirkung** haben; Verletzung der Meinungsäußerungsfreiheit; der Bf erhielt eine Entschädigung iHv EUR 5.200,--

20.11.2018, Beschwerde Nr [14305/17](#), *Selahattin Demirtaş / Türkei*

Verletzung von **Art 5 Abs 3 EMRK** (Recht auf umgehende Vorführung vor den Richter) iVm **Art 18 EMRK** (Begrenzung der Rechtseinschränkung) und **Art 3 1. ZPEMRK** (Recht auf freie Wahlen); **Verhängung** der **Untersuchungshaft** gegen einen Oppositionspolitiker der prokurdischen Partei HDP (Bf) wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung; Verhaftung des Bf erfolgte wegen des begründeten Verdachts der Begehung einer Straftat; Länge der Untersu-

chungshaft jedoch nicht gerechtfertigt; Beschränkung der Rechte des Bf, gewählt zu werden und sein Mandat auszuüben; insbesondere die Inhaftierung des Bf, während der Präsidentschaftswahlen und des Referendums für den Übergang von einem parlamentarischen System in ein Präsidentsystem, stellte eine **Beschränkung der Freiheit der politischen Debatte** dar; der Bf erhielt eine Entschädigung iHv EUR 10.000,--

22.11.2018, Beschwerde Nr [29543/15](#), Konstantinopoulos ua / Griechenland

Verletzung von Art 3 EMRK (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung); überraschende **Durchsuchung** der Gefängniszellen in einem Gefängnis in Grevena durch eine spezielle Anti-Terror-Einheit; bei elf Gefängnisinsassen (Bf) wurden nach der Durchsuchung ihrer Zellen schwere Verletzungen festgestellt; **mangelhafte Untersuchung** der **Misshandlungsvorwürfe** durch die nationalen Behörden; die Bf erhielten jeweils eine Entschädigung iHv EUR 10.000,--

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.